

ersten Jahren einen Großteil des Schriftverkehrs über die Privatadressen seiner Angestellten abzuwickeln. Diese luden beispielsweise einen saarländischen „Neffen“ zu einem „Familienfest“ nach Frankfurt oder ins Rheinland ein, wo ein Wiedersehen mit ihrem „Onkel“ (Vogel) anberaunt war¹⁰. Es ist nicht auszuschließen, daß die Vertrauensleute Vogels ihre Stellung mißbrauchten, um über Denunziationen alte Rechnungen zu begleichen. Gerade in kleineren Dörfern, in welchen sie die einzige Kontaktperson waren, wußten sie teilweise sehr intime Details über Dritte zu berichten¹¹. Meist erfuhren die so Verleumdeten nichts von den über sie angefertigten Dossiers; war ihnen erst einmal das Stigma des Landesverrats aufgedrückt, besaßen sie kaum eine Möglichkeit der Rechtfertigung. In der aufgeheizten Stimmung des Abstimmungskampfes erlebten derartige Denunziationen ihren traurigen Höhepunkt. Stärker als in früheren Jahren gingen in der Berliner Stresemannstraße Hinweise ein, in welchen Saarländer bezichtigt wurden, sich zugunsten des Status quo oder Frankreichs engagiert zu haben.

Schon in seiner Gründungsansprache im Juli 1919 zählte Vogel die Unterstützung der Reichs- und Staatsregierungen zu den erweiterten Aufgaben der Geschäftsstelle, die als Mittler zwischen Saarbevölkerung und amtlichen Stellen fungieren wollte¹². So ziehen sich die Versuche, den Status einer halboffiziellen Regierungsstelle zu erlangen, wie ein roter Faden durch den Schriftverkehr. Die finanziellen Aspekte dieser angestrebten Symbiose können in dieser frühen Phase nicht ausschlaggebend gewesen sein, da der Geschäftsbetrieb aufgrund der beträchtlichen Dotation des preußischen Finanzministeriums zunächst gesichert war. Vielmehr dürfte der Ehrgeiz Vogels die entscheidende Triebfeder gewesen sein, sich nicht mit der Rolle des Handlangers der von ihm verachteten – weil sozialdemokratisch dominierten – „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfH) zu begnügen, sondern in Saargelegenheiten deren Position einzunehmen.

* * *

Die Konzentration der mit Öffentlichkeitsarbeit betrauten Abteilungen verschiedener Reichsministerien in der „Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes“ zum 1. Oktober 1919 beendete das bis dahin herrschende Kompetenzgerangel¹³. Parallel hierzu erfolgte aus Effizienzgründen und finanziellen

16 ff.; SF 2 (1921) 2, S. 24; SF 2 (1921) 4, S. 43.

¹⁰ Vgl. Telegramm an Otto Ludwig (März 1920), in: BA-R 8014/142. Teilweise ging die Geheimhaltung so weit, daß selbst die GSV nicht mehr die Tarnnamen der Verbindungsleute eindeutig zuordnen konnte. Vgl. Telegramm (August 1920), in: BA-R 8014/148.

¹¹ So behauptete ein Verbindungsmann, der für ein Reichwehrkommando Nachforschungen über die politische Gesinnung, den Familienstand und den Leumund eines Bewerbers anstellen sollte, dessen Schwestern hielten im Dorf den Rekord im Ehebruch. Derartige Berichte lassen eher Aussagen über ihre Verfasser als über die beschuldigten Personen zu.

¹² Vgl. Denkschrift der GSV für den preußischen Ministerpräsidenten Hirsch (06.08.19), in: BA-R 8014/662.

¹³ Die Etatisierung der amtlichen deutschen Pressepolitik fiel in die Zuständigkeit des AA: Zur Pressestelle vgl. BAUER, S. 35–66; VOGEL: Presse- und Propagandapolitik.